

Alfred Geisel

„Gegen Vergessen – Für Demokratie“: Ein Weckruf dringender denn je
Vortrag bei der Preisverleihung am 10.10.2025 in Wasseralfingen

I)

Anrede

Der heutige 10. Oktober ist nicht nur für die Aalener Stolpersteininitiative, sondern für alle geschichtsbewussten Bürgerinnen und Bürger der Stadt Aalen und ihres Umlandes ein bedeutender Tag. Mit der Verleihung des diesjährigen Rahel-Straus-Preises wird eine Gruppierung geehrt, die in ihrer langjährigen Erinnerungsarbeit die in dieser Stadt und ihres Umlandes verübten Verbrechen der NS-Diktatur aus ihrem Jahrzehntelangen Dämmerschlaf gerissen hat.

Ich bin sehr dankbar, dass die Preisjury meiner Anregung gefolgt ist und aus der Vielzahl der Bewerbungen einstimmig die Aalener Stolpersteininitiative mit dem diesjährigen Preis bedacht hat. Dazu gratuliere ich Euch, liebe Freundinnen und Freunde der Initiative von ganzem Herzen. Ihr seid für mich ein wahrlich würdiger Preisträger!

II)

Wenn man die Verdienste der Initiative zutreffend würdigen will, ist es m.E. erforderlich, einen kritischen Blick auf etliche Jahrzehnte bundesdeutscher und regionaler Auseinandersetzung mit den unsäglichen Verbrechen des NS-Regimes zu werfen. Das Urteil kann insoweit nur als beklagenswert unzulänglich bezeichnet werden. Zu Recht werden in der Geschichtsschreibung diese Jahrzehnte als einer der größten Mängel in der Geschichte der jungen Bundesrepublik beurteilt.

Dieses Urteil bedarf freilich temporär einer notwendigen Einschränkung. Als einer der wenigen noch lebenden Zeitzeugen des Kriegsendes und der unmittelbaren Nachkriegszeit sind mir die Todesangst bei den 3 schweren Bombenangriffen auf meine Heimatstadt Reutlingen im Januar, Februar und März 1945 und bei den ständigen Tieffliegerangriffen der amerikanischen Jagdbomber an den Tagen vor der Besetzung am 20. April die auf alles schossen, was sich bewegte, in unauslöschlicher Erinnerung. Als der Krieg dann Anfang Mai zu Ende ging, musste man zwar nicht mehr um sein Leben fürchten, aber eine in Schockstarre verharrende Bevölkerung musste über lange Zeit im wahrsten Sinn des Wortes um das tägliche Brot kämpfen. Dass unter diesen kaum zu beschreibenden Umständen erste Reflektionen über Ursachen und Ausmaß der NS-Diktatur keinen Platz finden konnten, ist in meinen Augen mehr als begreiflich. Erst als durch die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse das wahre Ausmaß des NS-Terrorregimes evident wurde, wären unter sich langsam bessernden Bedingungen solche Reflektionen angezeigt und notwendig gewesen. Doch weit gefehlt! Die erwähnten Prozesse wurden von der großen Mehrheit unserer Mitbürger als

Ausdruck unversöhnlicher Siegerjustiz abgetan. Eine Beschäftigung mit dem Völkermord an den Juden und an den Sinti und Roma wurde entweder bewusst gemieden oder als lügenhafte Behauptung abqualifiziert. Die Attentäter des 20. Juli 1944 galten für Viele als Landesverräter. Der Stuttgarter Jurist Fritz Bauer, der als eines der ersten Opfer der Nazis 1933 nach Skandinavien fliehen musste, nusste nach seiner Rückkehr nach Deutschland ob seiner intensiven strafrechtlichen Recherchen über die Greuelarten im KZ-Todeslager Auschwitz um sein Leben fürchten. Auch die Exekutive im Bund und in den Ländern zeigte über etliche Jahre hinweg wenig Interesse an einer systematischen Erforschung und Aufarbeitung des NS-Unrechts, waren sie doch teilweise von willfährigen Dienern und überzeugten Anhängern der NS-Partei bis in höchste Staatsämter durchsetzt. Es brauchte eine längere Zeit, bis die epochale Aussage Richard von Weizsäckers in seiner Rede zur 40. Wiederkehr des Kriegsendes, der 8. Mai 1945 sei kein Tag der Scham sondern ein Tag der Befreiung von Willkür der Nazis gewesen, ihre befreiende Wirkung entfalten konnte.

III)

Diese Geschichtsvergessenheit, dieses schmähliche Beschweigen, ja Leugnen der Untaten eines verbrecherischen Systems gilt leider über mehrere Jahrzehnte hinweg auch für die Stadt und den Altkreis Aalen. Lange, allzu lange lebte man offenkundig in der Illusion, es könne alles ja nicht so schlimm gewesen sein. Erste Ursachenforschung und Aufklärungsarbeit wurden schweigend und mit erkennbarem Widerwillen zur Kenntnis genommen. Nur wenige Beispiele seien zum Nachweis dieser betrüblichen Feststellung genannt: Die landesweit langsam zur Übung gewordene Verlegung von Stolpersteinen zur Würdigung von Naziopfern war nach meiner Kenntnis hierzulande kein Thema. Erste Erkenntnisse des Ellwanger Friedensforums über die im Vierngrundbereich begangenen Übelaten beim Hessentaler Todesmarsch im März und April 1945 und die jährliche Gedenkveranstaltung des Forums am ehemaligen jüdischen Friedhof wurden als lästige Konkurrenz zu der von militärischer Dominanz beherrschten Gedenkveranstaltung der Stadt herabgewürdigt. Die Nachforschungen des früheren Aalener Stadtarchivars Karlheinz Bauer über die Verbrechen im Wasseralfinger KZ-Außenlager Wiesendorf, in dem vor allem polnische Zwangsarbeiter untergebracht waren, die unter unmenschlichen Bedingungen Fronarbeit für den Rüstungsbetrieb Alting-Kessler leisten mussten, wurden zwar im Aalener Jahrbuch 1986 veröffentlicht, blieben jedoch in der Folgezeit nicht nur ohne jede erkennbare Resonanz, sondern machten dem Autor der Veröffentlichung das Leben in Aalen so schwer, dass er resigniert sein Amt aufgab und die Stadt verließ. (evtl. Begrüßung von Bauer)

Man kommt nicht umhin, dieses geschichtsverdrängende Unterlassen als schwer begreiflich zu bezeichnen. Dies vor allem deshalb, weil die Verbrechen an den Zwangsarbeitern nicht im Geheimen geschahen, sondern der Bevölkerung tag-täglich beim Marsch der ausgemergelten, geschundenen und vom Wachpersonal gepeinigten Menschen vom Lager zur Stätte ihrer Fronarbeit

mitten durch die Stadt vor Augen geführt wurde. Dass die damalige Geschäftsleitung als Profiteur dieser menschenunwürdigen Zwangsarbeit das ganze Geschehen untätig und billigend in Kauf nahm, darf nicht unerwähnt bleiben.

Ich selbst kann mir in diesem Zusammenhang den persönlichen Vorwurf nicht ersparen, nicht früher und nicht nachhaltiger um die Aufarbeitung dieser Verbrechen bemüht gewesen zu sein. Dieses Versäumnis bitte ich, mir nachträglich zu verzeihen.

IV)

So also stellte sich die Sachlage dar, als die Stolpersteininitiative ihre Arbeit aufnahm – eine Arbeit, die ob ihrer Vielfalt und ihrer Intensität nur als beispielgebend und bewundernswert bezeichnet werden kann.

Ohne dem nachfolgenden Interview mit Mitgliedern der Initiative vorgreifen zu wollen, soll auf einige Schwerpunkte dieser Arbeit eingegangen werden, die diese Feststellung nachhaltig belegen. So haben die Nachforschungen über bisher weitgehend unbekannte Opfer der NS-Gewaltherrschaft aus dem Bereich der Gesamtstadt Aalen , die wegen ihrer jüdischen Herkunft, ihrer politischen Überzeugung oder ihrer geistigen Behinderungen verfolgt, gepeinigt und ermordet worden sind, durch die Verlegung von Stolpersteinen eine längst überfällige nachträgliche Würdigung erfahren. Von diesem für Ostwürttemberg bisher ignorierten Gedenken durch die Stolpersteininitiative ging eine erfreuliche Signalwirkung aus, sodass zwischenzeitlich in verschiedenen umliegenden Kommunen durch die Verlegung von Stolpersteinen gleichartige Würdigungen möglich geworden sind.

Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit der Preisträgerin war die Verbrechensaufklärung tund um das KZ Wiesendorf. In mühevollen, zeitaufwändigen Recherchen konnten auch im Zusammenwirken mit anderen interessierten Mitbürgern nicht nur die Namen und Lebensschicksale sämtlicher gepeinigten Zwangsarbeiter, sondern auch die menschenunwürdigen Umstände ihrer Fronarbeit erforscht werden. In der klaren Erkenntnis, dass eine würdevolle Gestaltung der jeweiligen Tatorte nur in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Stellen und mit Unterstützung der dazu bereiten gesellschaftlichen Gruppen erfolgversprechend realisiert werden kann, gelang es der Initiative, bei den angesprochenen Institutionen diese Bereitschaft zu wecken und damit dieses dunkle Kapitel in der Wasseralfunger Stadtgeschichte zum Gegenstand des Erinnerns und des würdigen Ge-denkens zu machen. Dieses Verdienst kann angesichts der geschilderten Vergangenheit nicht hoch genug gewürdigt werden. Es ist mir deshalb ein aufrichtiges Bedürfnis, der Stadt Aalen, Ihnen lieber Herr OB Brütting, Ihnen verehrter Herr Dr. Feuerbach, der Ortschaftsverwaltung Wasseralfingen – vertreten durch die frühere Ortsvorsteherin Andrea Hatam und den jetzigen Ortsvorsteher Josef Fuchs – dem Bund für Heimatpflege Wasseralfingen, den Kirchen- gemeinden und allen geschichtsbewussten Bürgerinnen und Bürgern für diese

Unterstützung herzlich zu danken. Sie haben mit ihrem Engagement ein wertvolles Zeichen bürgerschaftlicher Mitarbeit gezeigt, das Hochachtung verdient. Und schließlich sollen in diesen Dank auch die Wasseralfinger Schulen, insbesondere das Kopernikus-Gymnasium und die Karl-Kessler-Schule einbezogen werden. Es zählt zu den weiteren herausragenden Erkenntnissen der Stolperstein-Initiative, dass eine nachhaltige Erinnerungskultur ohne die Mitwirkung der jungen Generation auf die Dauer zum Scheitern verurteilt sein muss. Deshalb war sie von Anfang an bestrebt, die Schulen in ihre Arbeit einzubeziehen und ist insoweit auf offene Ohren bei der Lehrerschaft gestoßen. Dieser sei gleichfalls ein herzliches Danke schön gesagt. Diese aktive Mitarbeit der Schülerschaft ist beispielsweise bei der Stolperschwellenverlegung am früheren Lagereingang und bei der Gedenkfeier zur 80jährigen Wiederkehr der Ankunft der polnischen Zwangsarbeiter am Wasseralfinger Bahnhof eindrucksvoll sichtbar geworden.

Wie wichtig, ja zwingend notwendig die Einbeziehung der jungen Generation in die Aufklärungsarbeit der NS-Diktatur ist, zeigen neuere wissenschaftliche Untersuchungen. Nach der jüngsten Jugendstudie der Universität Bielefeld aus dem Jahre 2024 sind für 40% der Jugendlichen Auschwitz und der Holocaust unbekannte Begriffe und eine ähnlich hohe Zahl fordert sogar, unter die Aufarbeitung der NS-Verbrechen einen Schlussstrich zu ziehen. Diese Zahlen und Forderungen sind erschütternd und zwingen zu der Forderung, der jüngeren deutschen Geschichte, insbesondere in Bezug auf die Ursachen und die verheerenden Folgen der NS-Diktatur im Geschichts- und Gemeinschaftskundeunterricht einen wesentlich breiteren und vertiefenden Raum zu geben.

V)

Sie haben sicherlich bemerkt, dass ich zum Leitmotiv meiner Ansprache den Namen jener Vereinigung gewählt habe, für die zu sprechen ich die Ehre habe. Der Name ist bei ihrer Gründung mit Bedacht gewählt worden, soll er doch zum Ausdruck bringen, dass Gegen Vergessen Für Demokratie kein Gegensatzpaar darstellt, sondern eine untrennbare Einheit bildet. Denn eine lebendige, liberale Demokratie ist ohne aufrichtiges Bekenntnis zu den Höhen und Tiefen der Geschichte der eigenen Nation nicht denkbar. Von unserem Bundespräsidenten Frank Walter Steinmeier ist dies mit folgenden Worten treffend zum Ausdruck gebracht worden: „Nicht das Bekenntnis zur eigenen Geschichte ist eine Last, sondern das Nichterinnern wird zur Last. Sein Leugnen ist eine Schande und unserer Demokratie unwürdig.“

Es kann nicht geleugnet werden, dass die innenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik in einer aus den Fugen geratenen Weltordnung die langwährende Vorstellung vom selbstverständlichen Funktionieren unserer Demokratie nachhaltig in Frage gestellt hat. Die rasch fortschreitende technologische Revolution mit nicht absehbaren Folgen, die unsäglichen Kriege in der Ukraine, im nahen Osten und in Teilen Afrikas, die weltweiten wirtschaftlichen Turbulenzen und die oft

widersprüchliche Politik im eigenen Land haben zu einer bedrohlichen Verunsicherung und Verärgerung weiter Teile unserer Bevölkerung geführt. Sie sind der Nährboden für eine rechtsextremistische Partei, die in zunehmenden Maße durch Hass und Hetze und mit lügenhafter Propaganda unsere Gesellschaft zu spalten und unsere innerstaatliche Ordnung zu zerstören sucht. Dass hierbei einige Plattformen der sog. Sozialen Netzwerke eine unrühmliche Rolle spielen und besser als asoziale Monster bezeichnet werden sollten, sind eine ernste Gefahr für unsere Demokratie. In chauvinistischer Überheblichkeit und verfassungswidrigem Verstoß wird die in Artikel 1 unseres Grundgesetzes allen Menschen ohne Ausnahme zugesprochene Menschenwürde auf Menschen deutscher Abstammung reduziert- eine Ideologie, die unwillkürlich an die NS-Ideologie vom „Untermenschen“ erinnert. Dass bei diesem völkischen Unsinn jede Art von Gedenkkultur an die Verbrechen der Nazidiktatur kleingeredet, ja lächerlich gemacht wird, kann nicht verwundern. Die These vom „harmlosen Vogelschiff“, die Verhöhnung des Denkmals zur Erinnerung an die 6 Millionen ermorderter Juden als „nationale Schande“ und die Forderung, die kritische Aufarbeitung der NS-Verbrechen einer „Wende um 180 Grad“ zu unterziehen, sind ebenso erschütternde wie demaskierende Aussagen führende Funktionäre dieser Partei.

Es ist nicht zu verkennen, dass der zunehmende Zuspruch verunsicherter und enttäuschter Menschen neue Machtgelüste dieser Partei wecken. Mit der infamen Behauptung, sie seien die wahren Demokraten, versucht sie, sich an die Macht zu schleichen, um unsere rechtsstaatliche Ordnung grundlegend zu verändern. Wie sagte doch der Philosoph Theodor Adorno zu Recht: „Nicht die Faschisten in der Maske der Faschisten sind die Gefahr, sondern die Faschisten in der Maske der Demokraten.“ Vor einer solchen Entwicklung kann nur mit aller Entschiedenheit gewarnt werden. Wenn die erste deutsche Demokratie am Beginn der 30iger Jahre des letzten Jahrhunderts zugrunde gegangen ist, so lag dies entscheidend an der verhängnisvollen Illusion weiter bürgerlicher Kreise, man könne die Radikalität der Nazis durch eine Teilhabe an der Macht bändigen. Welche Folgen dieser schlimme Irrtum letztendlich nach sich gezogen hat, beweisen die Abläufe der Terrorjahre bis 1945. Unsere nach der Katastrophe der NS-Diktatur mühevoll aufgebaute freiheitliche und liberale Demokratie ist zu wertvoll, als dass sie ihren Feinden überantwortet werden könnte. Einen zweiten 30. Januar 1933 darf es in Deutschland nie mehr geben!

V)

Gestatten Sie mir am Ende meiner Rede eine sehr persönliche Bemerkung: Vor 10 Jahren, als eine Welle der Hilfsbereitschaft gegenüber geflüchteter Menschen unsere Gesellschaft erfasst hatte, hätte ich mir nicht vorstellen können, dass wenige Jahre später am sich nähernden Ende meines Lebens eine längs überwunden geglaubte Ideologie unsere freiheitliche rechtsstaatliche Demokratie ernsthaft bedrohen könnte. Der derzeitige Zustand macht mich traurig und betroffen. Aber

gleichwohl will und kann ich die Hoffnung nicht aufgeben, dass es uns gelingen kann, dieser Bedrohung zu widerstehen. Die Demonstrationen hunderttausender rechtsschaffener Bürgerinnen und Bürger vor Jahresfrist nach Bekanntwerden des Potsdamer Geheimtreffens zur Durchführung der teuflischen Remigrationsüberlegungen und ihr entschiedenes Einstehen für unsere demokratische Ordnung waren ein überwältigender Weckruf, der nicht tatenlos verhallen darf! Deshalb sind alle demokratischen Parteien und alle überzeugten Demokratinnen und Demokraten aufgerufen, unsere rechtsstaatliche Ordnung gegen ihre Feinde wehrhaft zu verteidigen und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen unseres Landes herbeizuführen. Mit einem solchen entschlossenen, glaubhaften Handeln kann und wird es auch möglich werden, wieder Vertrauen und Zuversicht herzustellen und die Verunsicherten und Verärgerten aus den Fängen dieser politischen Scharlatane herauszuführen. Mein sehnlicher Wunsch ist, dass diese Zukunftsvision zum Wohle unseres Landes und einer lebendigen freiheitlichen Demokratie Wirklichkeit wird. Ich selbst bin festen Willens, trotz langsam schwindender Lebenskraft das mir noch Mögliche zu tun, das wertvolle Gut unserer demokratischen Ordnung mit Entschiedenheit zu wahren und zu verteidigen.

Dank für Geduld und Aufmerksamkeit